

Die Woche im Blick

Viele Versicherte müssen in Berlin am Jahreswechsel warten:
Vor Weihnachten kaum Zahnersatz 2

BZÄK-Präsident auf Mitgliederversammlung des VDZI in Kassel:
Das Praxislabor bleibt im Fokus der Zahntechnikerverbands-Angriffe 3

Rückforderungen:
Zahnärzte in Niedersachsen bekommen unliebsame Post 3

Zahnmedizin

Parodontitis als Infektionskrankheit:
Erkenntnisse für ganzheitliche PAR-Therapie 9

4. Deutscher ITI-Kongress (1):
Entwicklungen kritisch hinterfragen 10

Praxis aktuell

ZÄ Ina J. Meißner über ihre Arbeit in Kamerun:
„Niemand erklärt den Kindern, wie man richtig Zähne putzt“ 13

Für Straßenkinder auf Madagaskar:
Zahnarztstuhl gesucht 2

Weihnachtsseiten:
Tipps und Ideen 15/16

Leserforum 11

Sonderteil Seminare und Fortbildung 18-25

VDZI-Vorstand ist überraschend zurückgetreten – Niederlage für VDZI-Präsident Wolf:

Mehrzahl der Innungen verweigert beim Haushalt die Gefolgschaft

Zu einem überraschenden Rücktritt des gesamten Vorstands des Verbands deutscher Zahntechniker-Innungen (VDZI) unter Führung des Präsidenten Lutz Wolf ist es auf der Delegiertenversammlung des VDZI am Dienstag vergangener Woche in Kassel gekommen.

Nachdem von 205 anwesenden Delegierten nur 116 ihre Zustimmung für den vom Vorstand vorgelegten Haushalt mit einer 18-prozentigen Ausgaben- und damit Beitragssteigerung für die einzelnen Innungen gegeben hatten, bat das VDZI-Präsidium um eine Bedenkzeit. Bereits nach kurzer Beratung wurde den Delegierten der gemeinsame Rücktritt des

gesamten Vorstands mitgeteilt. Hintergrund dafür war nicht nur, dass sich Wolf eigentlich mehr als 70 Prozent Zustimmung zu seinem Haushalt vorgestellt hatte, sondern, dass vor allem die Mehrzahl der Zahntechniker-Innungen den Haushalt abgelehnt hatte und eine Zustimmung nur über das Votum großer Innungen, die sich

(Fortsetzung auf Seite 4)

KZBV-Spitze will mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen zum Nutzen des Patienten:

„Die Medizin der Zukunft muss den Patienten als Kunden begreifen“

Für mehr wettbewerbliche Strukturen im Gesundheitswesen hat sich die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) ausgesprochen. Der KZBV-Vorsitzende Dr. Karl Horst Schirbort forderte mehr Wettbewerb unter den Leistungsträgern (Ärzten und Zahnärzten) auf der einen Seite und unter den Kostenträgern (Krankenkassen) auf der anderen Seite: „Der Patient muss im Mittelpunkt dieses Systems Nutznießer eines solchen Wettbewerbs sein und den Wettbewerbsprozess maßgeblich bestimmen.“

Der stellvertretende Vorsitzende Dr. Peter Kuttruff bekräftigte, dass der Versicherte die Rolle eines eigenverantwortlichen Patienten in einem wettbewerbsorientierten Gesundheitswesen erst dann übernehmen könne, wenn er über mehr Informationen verfüge, um sinnvolle Entscheidungen zu treffen. „Das System insgesamt muss transparenter für den Patienten gestaltet werden“, sagte Dr. Kuttruff. Darum müsste die Kostenerstattung, also die direk-

te Abrechnung des Versicherten mit seinem Arzt, in Verbindung mit transparent gestalteten Festzuschüssen eingeführt werden.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Schmidt nennt Kernelemente einer Gesundheitsreforms Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsoffensive:

„Kartelle der KZVen nicht mehr in unsere

Dem Vorschlag eines Gutachtens von Mitgliedern aus dem Sachverständigenrat im Gesundheitswesen im Auftrag der SPD-Fraktion, den Sicherstellungsauftrag von den Kassenzahnärztlichen und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen (KVen/KZVen) den Krankenkassen zu übertragen, will Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt nicht folgen. Aber auch sie tritt dafür ein, so bei der Vorstellung ihrer Pläne zur Gesundheitsreform 2003 vergangene Woche vor der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin, die „Kartelle der Ärzte und Zahnärzte zu brechen“.

Schmidt: „Diese Monopole müssen wir brechen.“ Sicherung des Solidarprinzips, Stärkung der Rolle des Hausarztes, Ausbau von Prävention, nach Qualitätsleitlinien orientierte Honorierungssysteme, Anhebung der GKV-Versicherungs-Pflichtgrenzen – das sind die Kernpunkte der Überlegungen von Ulla Schmidt zur Gesundheitsreform 2003. Schmidt: „Der billige Jakob, der nur eine Grundversorgung in der GKV und Wahlleistungen will, wird die Wahl verlieren.“

Höhere Freiheitsgrade im Vertragsrecht

Das „Chaos ist vorprogrammiert“, prophezeite der Präsident der Bundeszahnärztekammer (BZÄK), Dr. Dr. Jürgen Weitkamp (siehe Kasten), zu diesen Plänen, während der Vorsitzende der Kassenzahnärztlichen Bundesverei-

nigung (KZBV), Dr. Karl Horst Schirbort (siehe den Bericht auf dieser Seite), einen gerechten Wettbewerb zwischen Kassen und Zahnärzten fordert.

Der Sicherstellungsauftrag soll im Prinzip bei den KVen bleiben; aber jeder Arzt soll das Recht erhalten, mit Kassen Einzelverträge abzuschließen. Schmidt: „Das Geld der Beitragszahler muss der medizinischen Leistungen folgen und nicht dem kleinsten gemeinsamen Nenner einer regionalen KV oder KZV.“ Das Vertragsrecht soll höhere Freiheitsgrade bekommen.

Dabei hat Schmidt in der Diskussion bei der Ebert-Stiftung zu erkennen gegeben, dass sie sich bei den Krankenkassen vor allem für besondere Leistungen, so in der Zahnheilkunde (zum Beispiel für Implantate, für kieferorthopädische Versorgungen und Parodontalbehandlungen) „Ein-

Lesen Sie in der neuen Ausgabe des

- **Zer Sachse:**
Einfach wohl fühlen
- **Erlebniswelt Zahnarztpraxis:**
„Ich wollte ein Stück Mallorca nach Deutschland holen“
- **Praxisplanung:** Professionelle Hilfe macht sich immer bezahlt
- **Die Praxisgestaltung mit Feng Shui**
- **Rechtslage bei Niederlassung im Wohngebiet**
- **Licht und Kunst in der zahnärztlichen Praxis**
- **Funktionstüchtige Zahnarztpraxis en miniature**



blend-a-med Forschung
Nur 1 T
or 21. A
4629 X
ZB MED
ndental.de
al Service GmbH
ohr-Grenzhausen
Telefon: 0 26 24 - 94 99 - 0
Fax: 0 26 24 - 94 99 29

Intelligent integriert

Fragen Sie Ihren Händler nach unserem Angebot für Ihren Sirodant/Siroflex